

Der Landtag als Krisenmanager

Abgeordnete erfüllen umfangreiches Pensum

Mit Krisenmanagement beginnt und endet das parlamentarische Jahr 2008. Im Januar muss sich das Landesparlament mit den drohenden Arbeitsplatzverlusten bei Nokia befassen. Gegen Ende des Jahres treibt die Landespolitik die Sorge um, wie stark die Wirtschaft von der Rezession betroffen wird und was mit dem Bochumer Opelwerk geschieht, dem nordrhein-westfälischen Zweigunternehmen des am Abgrund stehenden amerikanischen Autokonzerns General Motors. Aber es dreht sich im Parlament nicht nur um Krise(n). Es geht auch und immer wieder um Hochschulen, Schulen, Kindergärten. Weitere wichtige Themen sind Integration, Gesundheitswesen, Altenpflege, die Situation der Behinderten, Arbeitsmarkt, Klimaschutz und Energiepolitik – eben das ganze Spektrum der Parlamentsarbeit.

Januar Der finnische Handyhersteller Nokia bleibt bei seinen Schließungsplänen für den Standort Bochum, obwohl der Landtag in einer Aktuellen Stunde an die Konzernspitze appelliert, die Pläne zurückzunehmen. Eine Woche zuvor sind im Wirtschaftsausschuss die Wellen hochgegangen: Da empörten sich Abgeordnete über die „sachlich nicht nachvollziehbare“ Entscheidung, einzelne riefen zum Boykott von Nokia-Handys auf.

In namentlicher Abstimmung weist die Landtagsmehrheit den Antrag zurück, die umstrittene CO-Pipeline der Firma Bayer von Dormagen nach Uerdingen wegen der möglichen Gefahr für die Bevölkerung nicht in Betrieb zu nehmen.

In einer Aktuellen Stunde wird dem Umweltminister vorgeworfen, Daten über die PFT-Verseuchung an der Ruhr „geschönt“ zu haben. Er habe im Gegenteil umfassend und lückenlos über das Problem informiert, verteidigt sich der Minister. Außerdem debattiert das Plenum über die Antwort auf die Große Anfrage zum Klimaschutz in NRW, ein Thema, um das bis Ende des Jahres immer wieder gerungen wird.

Februar Im Ruhrgebiet will die Landesregierung aus Rücksicht auf Pendler und Wirtschaft nicht eine große und zusammenhängende, sondern mehrere einzelne Umweltzonen einrichten. Das führe zu „Chaos pur“, urteilt die Opposition. Die Umweltzone Ruhr steht dann Anfang Juni im Zentrum einer Anhörung im Umweltausschuss.

Hängt der Schulerfolg junger Leute davon ab, wie lange sie vor der Spielkonsole sitzen und welche Inhalte sie am PC abrufen? Auf diesen Zusammenhang weist eine Studie hin, die im Landtag zur Sprache kommt. Ein anderes bildungspolitisches Thema sind die umstrittenen Kopfnoten auf den Zeugnissen. In der Folgezeit geht es in der Schulpolitik auch um das „Turbo-Abitur“, das Zentralabitur, den Ausbau des Ganztagsangebots sowie das Problem der Lern- und Sprachstandserhebungen.

März Mit der Begründung, Wahltermine zu bündeln und die Attraktivität der Kommunalwahlen zu erhöhen, will die Koalition im Land die Kommunalwahl zusammen mit der Europawahl im Juni 2009 durchführen. Das stößt auf Protest der Opposition. Sie weist auf die Folgen für die gewählten Mandatsträger hin und unterstellt der Koalition, sie befürchte, schlecht abzuschneiden. Drei Monate später wird das Gesetz in dritter Lesung mit Landtagsmehrheit angenommen.

In zweiter Lesung verabschiedet das Parlament das novellierte Kunsthochschulgesetz, das bei den Betroffenen auf breite Zustimmung gestoßen ist. In Anlehnung an die übrige Hochschulgesetzgebung werden die Kunsthochschulen des Landes von Regularien befreit und erhalten größere Autonomie in Organisation, Studium und beim Personal.

April Wird in NRW der Strom knapp, wenn der Bau neuer Großkraftwerke auf Kohlebasis aufgeschoben oder verhindert wird und es beim

Atomausstieg bleibt, wie die Koalitionsfraktionen dies befürchten? Die Gefahr einer „Stromlücke“ spaltet das Landesparlament. SPD und Grüne fordern die Landesregierung auf, ihre „Atomphantasien“ zu beenden und den Ausbau regenerativer Energien energisch zu fördern.

Die Enquetekommission I zu den Auswirkungen steigender Preise bei den Energieimporten legt ihren Abschlussbericht mit zwei unterschiedlichen Voten vor. Die eine Seite – CDU und FDP – sieht keinen Anlass zu „Untergangsszenarien“ und der Forderung „nach einem totalen Ökostaat“. Die anderen, SPD und Grüne, setzen auf Energieeinsparung und den Ersatz teurer Importenergie durch regenerative Lösungen.

Die Abgeordneten debattieren die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Situation der Pflege in NRW. Es besteht Konsens darin, dass für die wachsende Zahl älterer – und damit oft pflegebedürftiger – Menschen ein menschliches und angemessenes Angebot im Land bereitzustellen ist. Später im September geht es in einer zweitägigen Anhörung des Sozialausschusses um das Heimgesetz des Landes. Es soll pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben sichern und einen Abbau zur Pflegebürokratie leisten.

Mai Vor dem Hintergrund von Fällen, in denen Kinder in ihren Familien vernachlässigt werden, wird im Rund des Plenarsaals ein ganzes Bündel von staatlichen und kommunalen Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Kinder erörtert. Am Ende gibt es einen gemeinsamen Antrag in Sachen Kinderschutz, zu dem Ende August der Generationenausschuss Fachleute anhört.

In zweiter und dritter Lesung billigt der Landtag den Nachtragshaushalt 2008 – mit der Koalitionsmehrheit und gegen die Stimmen der Opposition. Es geht u. a. um eine Milliardenlandesbürgschaft für die Westdeutsche Landesbank (WestLB). Mit diesem „Risikoschild“ soll die angeschlagene Bank Gelegenheit erhalten, sich umzustrukturieren und ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln.

Juni Schweigt der Landwirtschaftsminister zu den Problemen der auch vor dem Landtag demonstrierenden Milchbauern? In einer Aktuellen Stunde fordert die Opposition, der Minis-



LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

ter solle sich eindeutig auf ihre Seite stellen. Die Koalition kontert: Die Rahmenbedingungen werden nicht im Land, sondern in Berlin und Brüssel festgelegt.

Seinen Teilabschlussbericht legt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I vor, der in dem Mord an einem jungen Häftling in der Justizvollzugsanstalt Siegburg ermittelt hat. Eine Woche später erörtert ihn das Plenum. Vor dem Hintergrund dieser Tat beschließt das Plenum mit allen Fraktionen, eine weitere (eine zweite gibt es da schon: Chancen für Kinder) Enquetekommission einzurichten. Sie soll sich um Maßnahmen kümmern, wie durch eine Präventionspolitik junge Menschen davon abgehalten werden können, straffällig zu werden.

Eine „einzigartige Sozialcharta“ soll die Mieterinnen und Mieter von Wohnungen der an einen britischen Investor verkauften Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und die LEG-Beschäftigten absichern. Darüber hält der Landtag eine Aktuelle Stunde ab. Die Opposition ist der Auffassung, dass der Verkauf zulasten der Kommunen und der Mieterinnen und Mieter geht.

Nach dem Ersten Nachtragshaushalt kommt der Zweite. In erster Lesung geht es um die Verwendung von Steuermehreinnahmen und um zusätzliche und nicht vorhersehbare Ausgaben. Die Opposition kritisiert, dass die Regierung den Schuldenstand des Landes erhöht und damit von ihrem Ziel der Haushaltskonsolidierung abrückt.

Juli In der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause geht es um die Studienbeiträge in NRW. CDU und FDP sind der Überzeugung, dass die Beiträge der Studierenden für mehr Qualität in der Lehre sorgen und zu besseren Studienbedingungen führen. Die Opposition bemängelt, das Land entlaste sich auf Kosten der jungen Menschen.

Ende Juni findet der 1. Jugend-Landtag NRW statt. 187 Jugendliche setzen sich in Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen, in Fachausschüssen und einer abschließenden Parlamentsdebatte mit Themen auseinander, die für sie auch im Alltag von Bedeutung sind. Am Ende gibt es zwei Resolutionen: Am grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbot an den Schulen soll festgehalten werden. Kommunale Kinder- und Jugendbeiräte sollen eingeführt werden.

August Nach der Sommerpause beginnt wieder der Ernst der Parlamentsarbeit, der Landeshaushalt 2009 wird eingebracht und in erster Lesung erörtert. Der Finanzminister nennt unter der Überschrift „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“ die Eckdaten des 53-Milliarden-Etats. Die Opposition betont, mit diesem Entwurf sei die Regierung „an ihren eigenen Versprechungen gescheitert“.

Ein Bild der Lage der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land zeichnet der 1. Integrationsbericht der Landesregierung. Während Koalition und Regierung konkrete Fortschritte bei der Zukunftsaufgabe Integration benennen, sieht die Opposition in dem Bericht einen Ausdruck von „Symbolpolitik“. Der zuständige Minister kündigt eine Einbürgerungskampagne an.

September Der Frauenausschuss hat die Vorarbeit dafür geleistet, dass sich die Landtagsabgeordneten in zwei Anträgen entschieden gegen die Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen wenden.

Ein Wochenende lang öffnet der Landtag seine Türen: Über 20.000 Besucherinnen und Besucher nutzen die Gelegenheit, das seit 20 Jahren am Rheinufer gelegene Parlament in Augenschein zu nehmen. Zeitgleich wird der Weltkindertag 2008 gefeiert.

Nicht mit Toleranz rechnen können rechts-extremistische Bestrebungen, zum Beispiel gegen den Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld. In einem gemeinsamen Antrag sprechen sich alle Fraktionen entschieden gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus und bekennen sich zu einer pluralistischen, toleranten und freiheitlichen Gesellschaft.

Medizin gegen das „unkoordinierte Sterben“ von Krankenhäusern soll der Krankenhausrahmenplan bieten, den die Opposition von der Landesregierung fordert. Sie solle die Krankenhäuser stärker unterstützen. Die Koalition ihrerseits macht auf die Versäumnisse aufmerksam, die von Rot-Grün in der Vergangenheit zu verantworten und nun von Schwarz-Gelb aufzuarbeiten seien.

Oktober Sondersitzung des Landtags zu den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise. Alle Fraktionen erklären ihre Unterstützung zum 480-Milliarden-Rettungspaket der

Bundesregierung. Eine Woche später diskutieren die Abgeordneten über die Unterrichtung der Landesregierung zur Lage der Wirtschaft und der Finanzmärkte im Land.

Im Landtag macht die Schulministerin darauf aufmerksam, dass sich seit dem Regierungswechsel der Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen halbiert hat. Die Opposition bezweifelt dagegen in einer Aktuellen Stunde die Aussagekraft der vorgelegten Studie.

Nach zweieinhalbjähriger Arbeit legt die sogenannte Kinderkommission ihre Ergebnisse zur Beratung im Plenum vor. In dem Bericht der Enquetekommission II wird die Bedeutung frühkindlicher Bildung unterstrichen. Die Erkenntnisse sollen Basis des parlamentarischen und des Regierungshandelns für Rahmenbedingungen eines optimalen Bildungs- und Betreuungsangebots sein.

November Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung mit breiter Mehrheit das nach Meinung der Koalition „modernste Heimgesetz“ Deutschlands. Es soll älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen ein ihrer Selbstbestimmung und Würde entsprechendes Leben ermöglichen.

In dritter Lesung nimmt der Landtag das neue Sparkassengesetz an, das von der Landesregierung vorgelegt worden ist. Nach monatelangen Auseinandersetzungen hat es zum Schluss eine Annäherung zwischen Koalition und Opposition gegeben. Das reicht aber nicht aus, um eine breite Mehrheit sicherzustellen.

Dezember Angesichts der auf das nächste Jahr verschobenen zweiten und dritten Lesung des Landesetats 2009 kommt es bei der Plenardebatte um den Dritten Nachtragshaushalt 2008 zum Schlagabtausch über die Finanzpolitik der Koalition. Die Opposition wirft der Regierung vor, trotz hoher Steuermehreinnahmen nicht genug zu sparen und neue Schulden aufzunehmen. Der überwiegende Teil werde zur Senkung der Neuverschuldung genutzt, kontert der Finanzminister. 430 Millionen Euro würden eingesetzt, um Risiken bei der WestLB abzusichern, 185 Millionen Euro dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zugeführt.

Jürgen Knepper

SEITE 11 · LANDTAG INTERN 13/2008